

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

70. Jahrgang

Berlin, den 28. Mai 1932

Nummer 43

Zum Tarifkonflikt der graphischen Hilfsarbeiter

Wie wir schon berichtet haben, hat eine gemeinschaftliche Konferenz des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands nach eingehender Beratung die der Hilfsarbeiterschaft vom Deutschen Buchdrucker-Verein über die in den Vereinbarungen für den Buchdrucker tarif besonders in der Lohnfrage hinausgehenden Zumutungen einstimmig abgelehnt. Die Forderungen der Unternehmer waren von vornherein darauf eingestellt, die zentralen Lohnbestimmungen aus dem Reichstarif für das Hilfspersonal vollständig zu entfernen und an deren Stelle örtliche oder bezirkliche Lohnvereinbarungen auf dem niedrigeren Niveau der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen in andern Industrie- und Gewerbebezügen zu setzen. Diesem Verlangen hatte schon der Schiedspruch des Zentral-Schiedsrichtungsamts vom 19. April keine Rechnung getragen; er wurde daher von den Unternehmern abgelehnt, wie sie auch im Gegenzug zu den Vertretern der Hilfsarbeiterorganisation die Verbindlichkeit dieses Schiedspruchs im Reichsarbeitsministerium bekämpften.

Weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Hilfsarbeiter und des Deutschen Buchdrucker-Vereins führten zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer eine Kürzung der Löhne für das Buchdrucker-Hilfspersonal um 4 bis 11 Proz. forderten. Infolgedessen besteht auch heute noch für das gesamte deutsche Buchdrucker-Hilfspersonal ein tarifloser Zustand, weil der bisherige Reichstarif seit dem 30. April abgelaufen ist; jedoch wirken die im früheren Reichstarif enthaltenen Arbeits- und Lohnbedingungen noch so lange im Einzelarbeitsvertrag eines jeden Hilfsarbeiters und jeder Hilfsarbeiterin weiter, als diese Einzelverträge nicht mit der bisher üblichen einwöchigen Kündigungsfrist gelöst werden. Im Hinblick auf die dem Hilfspersonal noch weit über die Vereinbarungen für den Buchdrucker-tarif zugemuteten materiellen Verschlechterungen, ferner durch die noch in Aussicht stehende Notverordnung für das gesamte Berufstätigungsgewerbe über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich, die eine weitere erhebliche Lohnsenkung befürchten läßt, ist

die Hilfsarbeiterschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften entschlossen, den unerträglichen Lohnraub und die beabsichtigte Zerschlagung der bisherigen zentralen Lohnregelung abzuwehren. Ihr Ziel ist also die Erhaltung des bisher in Geltung gewesenen Reichstarifs und der in ihm festgelegten Lohnbedingungen.

Auf Unternehmenseite liegt nach der Beurteilung in der „Goldarbeit“ vom 28. Mai die Sache so, daß die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins unter dem Vorwand, den kleinen Buchdruckerbetriebern, die einen oder keinen Hilfsarbeiter beschäftigen, eine angebotene Erleichterung zu verschaffen, in Wirklichkeit aber nur darauf bedacht waren, „für die Großen und Großen im Gewerbe, und nicht zuletzt für die Zeitungsbetriebe, bei denen nach Angabe der Prinzipale 80 Proz. des Hilfspersonals beschäftigt sind, einen großen Fiskus“ zu unternehmen. Inzwischen hat ein sogenannter Zentralausfluß auf Unternehmenseite, der sich aus Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zusammenschließt, über die von den Vertretern der Hilfsarbeiterschaft ausgesprochene Ablehnung der vom Deutschen Buchdrucker-Verein gestellten Forderungen beraten und beschloßen, den Versuch tariflicher Vereinbarungen auf örtlicher oder regionaler Grundlage zu unternehmen. Bis zu anderweitiger Regelung laufen die in den Einzelarbeitsverträgen bis zum 30. April d. J. tarifrechtlich gültig gewesenen Arbeits- und Lohnbedingungen auf arbeitsrechtlicher Grundlage unverändert weiter.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Maßnahmen von Unternehmenseite ergriffen werden, um eine Durchsetzung ihrer reaktionären Absichten zu erreichen. Die Vertreter der Hilfsarbeiter sind auch heute noch zu jeder vernünftigen Verhandlung über eine friedliche Beilegung des Konflikts auf zentraler Grundlage bereit; sie sind aber auch verpflichtet und entschlossen, alle organisatorischen Kräfte zur Abwehr betrieblicher, örtlicher oder sonstwie regionaler Verschlechterungen der bisherigen zentralen Lohngrundlagen in entschlossener Weise einzusetzen, sofern sie durch Kampfmaßnahmen von Unternehmenseite dazu gezwungen werden sollten!

einen Seite stießen auf den Widerstand der zum „Abbau“ Verdamnten, so daß 17 Redner endlich nach einem Antrag auf Schluß der Debatte sich mit einer Willensklugung dahingehend abfinden mußten, daß bis zum nächsten Goutag diese Angelegenheit mit den Bezirksvertretern durchberaten wird und vom Gauvorstand eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Eine Änderung über die Wahl des Gauvorsitzers und stellvertretenden Vorsitzenden wurde nach Aufklärung und Begründung der Antragsteller und reaktionärer Abänderung mit 19 gegen 17 Stimmen ins Goutatut aufgenommen, desgleichen ein Antrag des Ortsvereins Bruchsal, daß sich ausgereiste und nichtbezugsberechtigte Kollegen mindestens einmal im Monat beim Ortsvorsitzenden zu melden haben. Die Begründung dieses Antrags und die Kommentare der sich hierzu äuernden Redner und des Kollegen Schweiniß ergaben ein erschütterndes Bild der Teilnahmslosigkeit, welche die ausgereisten Kollegen ergriffen hat; sie sollen damit immer noch zu einer Verbindung mit ihrer Organisation gebracht werden. Dem Antrag des Ortsvereins Karlsruhe, der vom Verbandsvorstand bzw. Verbandstag verlangt, daß die bestehende Gaustranzensühnstufe infolge der bedeutenden Herabsetzung des staatlichen sowie des Verbandsstrafgeldes vorläufig bestehen bleibt, wurde entsprochen.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurde eine Ehrung des Gauvorsitzers Nikolaus Müller (Freiburg) vorgenommen, der 25 Jahre dem Gauvorstand angehört, davon 13 Jahre als Schriftführer. Kollege Hasenfraz fand herzliche Worte für den Jubilar, ihm Dank zu sagen und ein Blumengebinde nebst Geschenk zu überreichen. Der Goutag schloß sich dieser Ehrung an, für die Kollege Nikolaus Müller dankte.

Sämtliche Ortsvereine des Bezirks Karlsruhe hatten den Antrag auf Verlegung des Gauvorstands von Freiburg nach Karlsruhe gestellt. Hierzu gab Kollege Preckel (Karlsruhe) eine eingehende Begründung. Die vier Bezirke des Oberheins, die zusammen weniger Mitglieder als der Bezirk Karlsruhe allein aufzuweisen haben, berufen sich mit Freiburg selbst auf die „Tradition“ und ihre Gegenstände. Unterstützt bei der Abstimmung von 19 Stimmen der Bezirke des Oberheins gegen die 17 Stimmen des Bezirks Karlsruhe brachten Ablehnung des Antrags; Freiburg bleibt aus Tradition Vorort.

Der stellvertretende Gauvorsitzende D. Müller legte einen Boranschlag für die nächsten drei Jahre vor, auf Grund dessen der seitherige Gaubeitrag von 30 Pf. weiter erhoben werden soll. Dem stimmte der Goutag zu, trat dagegen einen Antrag der Vorbereitungs-Kommission, die Zuschüsse für die Sparten um 50 Proz. zu kürzen, nicht bei, sondern belieh es beim bisherigen Modus. Dem Gauvorstand wurde zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen wie seither das ganze Gauvermögen zur Verfügung gestellt.

Die Wahl des Nachfolgers für den verstorbenen Gauvorsitzer hat dann die Gemüter der Delegierten in Karlsruhe befeuert. Schon der Antrag auf Verlegung des Gauvorstands sollte hier Vorrang finden; seine Ablehnung erschwerte die Situation. Der von den oberheinschen Bezirken vorgeschlagene Kandidat war den Delegierten des Bezirks Karlsruhe nicht erwünscht, weshalb sie den Antrag stellten, daß ein öffentliches Ausschreiben und Urwahl erfolge. Die Gegenpartei verwies auf die Aussagen, die allerdings eine Wahl des Gauvorsitzers auf dem Goutag vorsehe. Sonderberatungen der Karlsruher Delegierten brachten im Plenum eine größere Aussprache, an der sich die meisten Delegierten, Vorstandsmitglieder und Kollege Schweiniß mit dem Vorschlag einer zu bildenden Kommission beteiligten. Da das Stimmverhältnis bei den Abstimmungen stets Überland gegen Unterland 19 zu 17 Stimmen beträgt, wurden alle Anträge abgelehnt und der Bezirksvorsitzer Reibel vom Bezirk Jahr mit 19 gegen 16 Stimmen zum Gauvorsitzer gewählt. Kollege Reibel bedankte sich für die Wahl, deren Schwierigkeit sich offensichtlich nicht in der Ausübung des Amtes auswirken werde. Er tritt am 1. Juli seine Tätigkeit an. Es wurde beschloßen, mit dem Posten des Gauvorsitzers auch denjenigen des Gauverwaltungsleiters zu verbinden. Die seither bezahlte Remuneration für die ehrenamtlich im Gauvorstand tätigen Kollegen wurde neu festgelegt und den seit Sandforts Tod die Geschäfte führenden Kollegen Hahnert und Otto Müller eine Extratschädigung bewilligt. Auf Einladung des Bezirks Lörrach wurde beschloßen, den nächsten Goutag dort abzuhalten.

Gau Oberhein

Vom 14. bis 16. Mai hielt der Gau Oberhein in Konstanz seinen 29. Goutag ab. Da der Posten des Gauvorsitzers, verursacht durch den Tod des Kollegen Sandfort, zur Zeit verwaist ist, eröffnete am Pfingstsonnabendabend um 7 Uhr der stellvertretende Vorsitzende Hasenfraz (Freiburg) den Goutag und begrüßte die erschienenen Delegierten. Dann gedachte er in ehrenden Worten des verstorbenen Gauvorsitzers Sandfort, dessen ideale Bestrebungen und aufopferungsvolle Arbeit hervorhebend; auch der während der letzten drei Jahre im Gau verstorbenen 55 Mitglieder und des Kollegen Robert Glaser vom Hauptvorstand wurde in pietätvoller Weise gedacht.

Nach Erledigung des Geschäftlichen (Wahl der Kommissionen usw.) gab Kollege Hasenfraz einen Bericht über die allgemeine Lage im Buchdruckgewerbe und im Verbandsleben, alle Punkte in tariflicher Hinsicht, die jeweiligen Verhandlungen, Stand der Arbeitslosigkeit, Aufbau der Unterstützungen hervorhebend. Zu den Gauberichten gab er Erläuterungen, wobei er einen Rückgang der Mitgliederzahl feststellte, ohne daß im Gau der Gutenbergbund dafür Zunahme erfahren hätte. Eine aufgenommene Statistik ergab eine Zunahme der zum Minimum Arbeitenden und eine Abnahme der Höherentlohten. Kleinere Ausstände fanden in Schopfheim und Freiburg statt. In Kurzarbeit stehen 200 Kollegen. Redner dankte allen Funktionären, die die interimsistische Leitung des Gaus nach dem Tode Sandforts unterstützt haben. Kollege Kottowiller (Freiburg) gab den Kaltenbericht. Am 1. Juli im Jahre 1929 der Gau 64 Demorte mit 1903 Mitgliedern, schloß das Jahr 1931 in 36 Orten mit 1933 Mitgliedern. Das Vermögen beträgt 22 188 M.

Zu der anschließenden Diskussion wurde an der Arbeit des Gauvorstands trotz der sich beteiligenden 22 Redner eine eigentliche Kritik nicht geübt. Es waren in der Hauptsache Wünsche und Anfragen, die von der Sparsamkeit differtiert waren und vom Vorstand in auffällendem Sinn be-

antwortet wurden. Aber die Gehälter der Angestellten wurde des längeren debattiert und hierbei trotz aller Anerkennung für die vom Gewerkschaftsbeamten zu leistende Arbeit doch mehr Anpassung an die Tarifbegabung der Mitglieder verlangt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte kam zur Annahme, dem nach einem Aufschubwort des Kollegen Maier (Karlsruhe), der zur Ergänzung des Vorstandes als zweiter Vorsitzender fungierte, die Entlastung des Vorstandes und des Kassierers einstimmig folgte.

Kollege Wilhelm Maier (Karlsruhe), der als Vertreter des Gaus Oberhein zu den Verhandlungen in Berlin zugezogen worden war, gab hierauf einen ausführlichen Bericht von dem am gleichen Tage mit den Unternehmern vereinbarten Abkommen über den geänderten Manteltarif. Er schilderte in erschöpfender Weise alles, was seit Ablauf des Tarifs bis zum heutigen Tag geschehen ist, die Anträge, Verhandlungen und — das Resultat. Dessen Bekanntgabe mit seinen Verschlechterungen löste in der Versammlung allgemeine Erbitterung aus, die auch in den folgenden Reden zum Ausdruck kam.

Eine eingebrachte sehr scharfe Resolution, die sich gegen die Abmachungen und die Verbandsleitung wandte, wurde nach längerer Aussprache abgelehnt. Die Verhandlungen wurden am ersten Tag erst nach Mitternacht beendet.

Am zweiten Tag, bei Wiederaufnahme der Tagung um 9 Uhr, konnte Vorsitzender Hasenfraz zuerst den inzwischen eingetroffenen Vertreter des Hauptvorstandes, Kollegen Schweiniß, begrüßen, der am Vortag am Verbandstag des Schweizerischen Typographenbundes in St. Gallen teilgenommen hatte. Schweiniß überbrachte die Grüße des Verbandsvorstandes und wünschte der Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

Fortschreitend in der Tagesordnung, kam der Goutag nun zur Erledigung der Abänderungsanträge zum Goutatut. Hier wünschten die Ortsvereine Bülch, Mähren und Kapfatz aus Ersparnisgründen eine Zusammenlegung der fünf Bezirke im Gau auf drei. Tiefstufende finanzielle statistische Berechnungen, die nicht wiederlegt werden konnten, der-

Eine Aussprache über das Lehrlingswesen ergab, daß ein Rückgang in der Mitgliederzahl von 471 auf 373 zu verzeichnen ist. Der Gau Oberrhein steht im Reich bei der Verleihung am 7. Stelle. Sonst pulsiert ein reges Leben und die bis jetzt abgehaltenen Jungbuchdruckerlager sind gut gelungen. Da alle vier Jahre ein solcher stattfinden soll, wurde die Abhaltung eines solchen beschlossen mit der Einschränkung, daß Fortdauer der schlechten Arbeitsverhältnisse und Kräfte dessen Verlegung veranlassen könnte. Er soll 1933 in Freiburg i. Br. abgehalten werden.

Ein Meckler der Gausagungen, die in den letzten Jahren viele Änderungen erfahren haben, soll durchgeführt werden. Ein Nachwort des Kollegen H a s e n t r a h ließ noch einmal die Arbeit des Gautags an den Delegierten vorüberziehen. Er konstatierte, daß es trotz aller Gegenstände gelungen ist, Erleichterungen zu schaffen zum Wohle des Verbandes und des Gauess Oberrhein. Ein gutes Ende des Gautages sei ein gutes Omen für den Gau selbst. Nach dem Tante des neugewählten Gauvorstandes an die Leitung des Gautags schloß Kollege H a s e n t r a h den 29. Gantag mit einem Hoch auf den Verband abends 8 Uhr.

Die langen Tagungen brachten es mit sich, daß die Delegierten von den konstanter Kollegen und der schönen Stadt selbst nicht viel zu sehen betamen. Am Montagmorgen führte eine Dampfzerfahrt die Delegierten über den Bodensee nach Meersburg und einige Stunden später das Dampfloch ihrer Heimat zu. Müde aus der schwierigen Arbeit, die nun hinter dem Gantag liegt, trod allem Nutzen und Vorteil für die Gesamtorganisation erfrischen, K a r l s r u h e. W i l h. D i t t m a n n.

Gau Ostpreußen

Der 26. ordentliche Gantag des Gauess Ostpreußen war Sonntag, den 15. Mai (erster Pfingstfeiertag), nach Königsberg i. Pr. („Gewerkschaftshaus“) einberufen. Kollege R e i s n e r eröffnete nach 10 Uhr die Tagung. Nach Gesangsvorträgen der „Typographia“ und einem wirkungsvoll vorgetragenen Prolog, gesprochen vom Gaugesandter H. B a n t, ergriff Kollege G u h vom Gauvorstand das Wort und führte aus, daß am heutigen Tage 25 Jahre verfloßen seien, seit Kollege R e i s n e r als Gauvorsteher und Kollege K r a u s e als zweiter Vorsteher gewählt wurde. Letzterer übernahm dann später die Gauassistentenstelle und wurde Oktober 1921 als Gauverwalter angestellt, womit auch gleichzeitig die Ortsleiterfähigkeit von Königsberg verbunden war. Der Reichsleiter würdigte in anerkennenden Worten die Tätigkeit und Verdienste der beiden Jubilare und sprach namens des Gauvorstandes und der Kollegenschaft Ostpreußens beiden Funktionären den Dank und die herzlichsten Glückwünsche aus. Der zweite Redebeitragende M i s h a r z, K a r l s b e r g, sprach über die Bedeutung der Typographie seines Vordereins an und begrüßte die anwesenden Delegierten und Kollegen und ermahnte zu festem Zusammenstehen und zur Einigkeit und Treue zum Verband. Kollege H u b e übertrug die Glückwünsche des Ortsvereins Königsberg und konnte beiden Jubilaren ein schönes Jubiläumsgeschenk, gestiftet von den Ortsvereinen der Provinz und den Sparten, übergeben. Für die einzelnen Agitationsbezirke wurden die Glückwünsche dargestellt von den Kollegen J a t u b e i t (Tilsit), W a n d t (Elbing), M i t e w i t z (Wyd) und H e i t k a m p (Altenstein). Für den Bildungsverband sprach Kollege D. F r a n z, für die Handfegervereinigung M. K o h d e, der gleichzeitig seinem Mitglied, Kollegen R e i s n e r, eine Glückwunschkarte überreichte. Kollege D a w i l l, der Vorsitzende der „Typographia“, überreichte beiden Jubilaren je ein Diplom, das sie zu E h r e n m i t g l i e d e r n der „Typographia“ ernennet. Nach Dankesworten des Kollegen R e i s n e r sang die „Typographia“ noch einen anfeuernden Schluschor.

Dann begrüßte Kollege R e i s n e r die erschienenen Delegierten und Gäste, insbesondere den Kollegen B a r t h vom Verbandsvorstand, die Vertreter der graphischen Bruderverbände und den anwesenden Vertreter des D D V. Nach Feststellung der Teilnehmerliste, die die Anwesenheit von 19 Delegierten ergab, und einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde dann nach kurzer Aussprache eine Kommission von sieben Kollegen gewählt, die sich mit den eingegangenen Bewerbungsschreiben um die ausgeschriebene Stelle des Gauverwalters zu beschäftigen hatte. Krause scheidet am 30. Juni infolge Erreichung der Altersgrenze aus der Verwaltung aus. Es waren acht Bewerbungen eingegangen. Gleichzeitig hatte die Kommission die Diäten und die Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder festzusetzen.

Dann gedachte Kollege R e i s n e r der in den Jahren 1928—1931 Verstorbenen in ehrenden Worten und hob einzelne Namen heraus, deren Träger sich um die Organisation und die Allgemeinheit verdient gemacht hatten. Worte treuen Gedenkens widmete der Gauvorsteher dem verstorbenen ersten Verbandsvorstandenden Kollegen S e i t z und dem Hauptverwalter W i s l a r. Die Versammelten hatten sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Bericht des Vorstandes erstreckte sich auf vier Jahre. Kollege R e i s n e r wies zunächst auf die erschienenen Jahresberichte hin, kam dann auf die große Arbeitslosigkeit und die Verschlechterungen zu sprechen, welche die Arbeitslosigkeit durch die Notverordnungen und deren Eingriffe in das Tarifwesen, die Sozialgesetzgebung und durch die Lohnfesseln erzuhen mußte, ohne daß auch entsprechende süßbare Erleichterungen für die Arbeiter eintraten. Die Einführung der Bierziskundenwoche bzw. Fünftagewoche für die gesamte Arbeiterschaft sei unbedingt notwendig.

Weiter kam R e d n e r noch auf die Lohnbewegungen zu sprechen und zog auch noch den Königsberger Kampf in den Kreis seiner Betrachtungen. Durch die verlorene Bewegung wurden 104 Kollegen nicht wieder eingestellt, darunter die gesamte Betriebsvertretung eines Großbetriebs. Weiter wurde noch auf die verschiedensten Prozesse und Klagen hingewiesen; hier waren anscheinliche Erfolge zugunsten der Kollegen zu verbuchen. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Kollege R e i s n e r, daß der Gauvorstand stets bestrebt war, gute Beziehungen zu den Ortsvereinen, Vorständen und Sparten sowie allen Kollegen zu unterhalten und stellte seine Ausführungen dann zur Diskussion.

Kollege K r a u s e verwies auf den Kassenericht, der gedruckt vorlag. Hierauf setzte eine lebhafte Diskussion ein, an der sich die Kollegen H u b e, B a u l, S a m m e r, S o f e r, R u d z e i k a, E i s n e r, B a r t h, W a n d t, M e r t i n e i t beteiligten. Anfragen über den Kassenericht fanden ihre Erledigung durch Zustimmung des Gauverwalters bzw. Gauvorsteher. Nach dem Bericht der Revisoren, den Kollege S e i d l e r (Königsberg) erstattete, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Im Mittelpunkt der ganzen Tagung stand ein Referat des Kollegen B a r t h (Berlin) über „Zeitprobleme“. Der Redner verstand es in vortrefflicher Weise, wirkungsvoll unterstrichen durch interessantes Zahlenmaterial, auf die heutigen Zeitprobleme einzugehen. Der Referent kam dann auf unsere Tarifverhandlungen zu sprechen. Er erklärte besonders die in den letzten Jahren immer wieder in den Vordergrund gerückte Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und verurteilte scharf die Stellung der Unternehmer und der Reichsregierung. Tatenlos sehen diese Kreise zu, wie die Arbeitslosigkeit und damit die Not des schaffenden Volkes ins Unermeßliche steigen. Aber die Verhandlungen, die nach mehrmaligen Unterbrechungen im Reichsarbeitsministerium und über die schwierigen Parteiverhandlungen, die am Nachmittag des 14. Mai endlich zu einem Ergebnis führten, gab er eingehenden Aufschluß. Dabei erläuterte er die Bestimmungen des Tarifes, die eine Veränderung erfahren haben. Wenn die Verbesserungen des Schiedsspruchs auch nur gering sind, so haben der Verbandsvorstand und die Gauvorsteher es unter den heutigen Verhältnissen für das Beste gehalten, den neuen Tarif anzunehmen, der bis zum 30. April 1933 Gültigkeit hat. Auch sei es gelungen, den Lohnsatz wieder in Kraft zu setzen und zu verlängern. Zum Schluß betonte Kollege B a r t h, daß wir auch früher schon schwere Rückschläge erlitten hätten, aber wieder vorwärtsgekommen seien. Auch hätten wir die Gewißheit und Hoffnung, wieder aufwärts zu schreiten, wenn wir uns am heutigen ostpreußischen Gantag geloben, einig und geschlossen zusammenzutreten. Dann werden wir auch wieder Wege finden, die uns Freie führen und uns einen bessern Lohn erwirken lassen. Die hergeherrschende Lage ist aber prinzipiell weitaus alle Parteien auf die Schultern der Arbeiter zu legen. Keiner Versuch wurde den Ausführungen des Referenten zuteil. Eine Debatte hierüber wurde nicht gewünscht. Man erkannte dadurch einstimmig die Tätigkeit des Verbandsvorstandes an.

Aber „Die tarifliche und organisatorische Lage des Gauess“ sprach der Gauvorsteher Kollege R e i s n e r. Redner kam zunächst eingehend auf die organisatorische Lage des Gauess zu sprechen. Ende 1931 betrug der Mitgliederstand 1164 und verringerte sich um 33 Mitglieder. Der Lehrlingsabteilung gehören 222 Lehrlinge an. 337 Mitglieder waren Ende 1931 beim Tarifarbeitsnachweis eingetragen. Weiter wurden die Ziffern der Verbands- und Lohnstatistik bekanntgegeben. Er erfuhr die Kollegen, keine Reste zu machen, und erwähnte noch die Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungssätze. Zum Schluß erwähnte Kollege R e i s n e r noch einen Antrag des Kollegen W e b e r und Genossen und erteilte hierzu nach Einverständnis des Gantages dem Kollegen W e b e r, der nichtdelegierter war, zur Begründung des Antrages das Wort. Der Antrag bringt zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand ersucht wird, seinen Beschluß bezüglich derjenigen Kollegen, denen nach dem Entschluß der Spruchkammer des Oberverwaltungsamts keine Sperrfrist zum Bezug der A u a u f e r l e g t wurde, einer Revision zu unterziehen. Nach Beschlußter, teilweise recht erregter Aussprache wurde der Antrag angenommen.

Anträge auf Änderungen der Gausatzungen: Es waren hier Anträge zu den §§ 13, 14, 17, 18 und 19 eingegangen, die von den einzelnen Antragstellern begründet und teils angenommen, teils abgelehnt wurden. Ein Antrag für den Verbandstag im Jahre 1933 vom Ortsverein Elbing wurde zurückgezogen. Wahl des Gauvorstehers und Gauverwalters: Kollege R e i s n e r wurde als Gauvorsteher einstimmig wiedergewählt.

Für die Kommission, die sich mit den Bewerbungsschreiben um die Gauverwalterstelle, Diätenfestsetzung und Remunerationen zu beschäftigen hatte, erstattete Kollege D a w i l l (Königsberg) Bericht. Von den acht Bewerbungen kamen vier in die engere Wahl. In geheimer Wahl wurde Kollege G u h (Königsberg) zum Gauverwalter gewählt. G u h dankte für das Vertrauen, das die Kollegen ihm entgegengebracht haben und gab das Versprechen ab, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen und zum Besten der Kollegen und des Verbandes zu arbeiten.

Ferner wurden die von der Kommission vorgeschlagenen Diätensätze und die Entschädigung für den Vorstand angenommen.

Festsetzung des Gaudatums: Der Gaudatag wurde mit Wirkung ab 3. Quartals 1932 um 10 Pf. auf 35 Pf. herabgesetzt. Der nächste Gantag findet wieder am Gauvortort Königsberg statt.

Unter Berücksichtigung wurden noch einige Gausangelegenheiten erörtert.

Kollege B a r t h erkannte die erste Arbeit des Gantages an. Mit anfeuernden Worten, dabei nochmals zur Einigung mahnend, drückte er gleichzeitig den Wunsch aus, im gegenseitigen Vertrauen weiter für die Organisation zu arbeiten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir uns alle recht bald bei besseren Zeiten wiedersehen.

Sodann nahm Kollege C e i s n e r das Schlusswort. Er dankte für die anfeuernden und anerkennenden Worte des Kollegen B a r t h, appellierte gleichfalls an die Kollegen, in Treue zum Verband zu stehen und schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband den 36. Gantag des Gauess Ostpreußen um 9 1/2 Uhr.

Nach dem Gantag vereinigten sich die Teilnehmer mit ihren Angehörigen im großen und kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“. Am zweiten Pfingstfeiertag trafen sich die Kollegen wiederum im großen Gewerkschaftshaus zur einem Grillshoppen mit Damen. Gefänge der „Typographia“, ein vom Kollegen M. M a h l o verfasstes Melodram, wirkungsvoll vorgeführt von Mitgliedern der „Typographia“, zwei humorvolle Bankette, in welchem noch die Verdienste der Jubilare hervorgehoben wurden, und schaumgule Neben liegen zu früh das Ende der kollegialen Veranstaltung heranzücken. Alter Buchdruckerhumor und -geist ließ die Nöte des Dajens für einen Tag vergessen. Die Kollegen, die es mit der Müdigkeit nicht so eilig hatten, blieben nach Beendigung des Grillshoppens noch im schönen Garten des „Gewerkschaftshauses“ zusammen, bis auch für sie die Abschiedsstunde schlug. E. G.

Die Sozialversicherung im Jahre 1931

Der im „Reichsarbeitsblatt“ erschienene Geschäftsbericht des Reichsverwaltungsamts gibt eine umfassende Übersicht über den Stand der Sozialversicherung im Jahre 1931. Wir müssen uns an dieser Stelle auf die Wiedergabe der wichtigsten Zahlen beschränken.

1. A n f a l l v e r s i c h e r u n g. Der Versicherung unterlagen bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 110 245 Betriebe mit 11 238 748 versicherten Personen, bei den 40 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 4 605 300 Betriebe mit 14 054 000 Versicherten, zusammen 5 715 545 Betriebe mit 25 292 748 versicherten Personen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung der Zahl der Betriebe um rund 33 000, während die Zahl der versicherten Personen sich um 921 251 verminderte. Zu diesen kommen noch 1 896 968 versicherte Personen bei den Reichs-, Staats-, Provinzial- und gemeindlichen Ausführungsbehörden, so daß rund 27,2 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. Hinzuzuzählen sind dann noch die bei den 14 Zweiggenossenschaften der Bau-, Gewerbe- und der Seefahrtsgenossenschaft Versicherten. Zu der Gesamtzahl, die auch die landwirtschaftlich im Nebenberuf beschäftigten Personen umfaßt, erscheinen etwa 3 Millionen Personen doppelt, die gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert gewesen sind.

Nach den vorläufigen Unterlagen hat sich der Gesamtaufwand für die Unfallversicherung auf 414 679 600 M. belaufen, was einen Rückgang von 14 465 100 M. gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Hieron entfallen u. a. auf Entschädigungen 346 800 000 M. und auf Verwaltungskosten 38 848 050 M.

Die Zahl der gemeldeten Anfälle ist wiederum gefallen, und zwar von 1 222 081 im Vorjahr auf 963 499. Die Zahl der erstmalig Entschädigten hat sich von 190 516 auf 133 650 verringert. Im Jahre 1931 wurden 1183 (im Vorjahr 15 006) Fälle von Berufsunfähigkeit erstmalig entschädigt.

Abschlußzahlen über das Vermögen lagen noch nicht vor. Der Bericht weist aber an einer Stelle auf die finanziellen Schwierigkeiten der Berufsgenossenschaften hin. Mangels ausreichender Mittel konnten mehrere Berufsgenossenschaften die Postvorschüsse nur unter erheblichen Schwierigkeiten und Verzögerungen überweisen. Einige Versicherungsträger, namentlich landwirtschaftliche, blieben mit größeren Beträgen im Rückstand. Vorübergehend erreichten diese Rückstände mehr als 12 Mill. M.

Die Statistik der Rechtsprechung zeigt, daß im Jahre 1931 12 678 (gegen 10 815 im Vorjahr) Rekurse und Anträge anhängig waren. 10 045 davon waren von den Versicherten eingeleitet. Mit den 8955 aus dem Vorjahr unerledigt gebliebenen Sachen waren 21 633 Sachen zu bearbeiten. Erledigt wurden hieron 10 060, und zwar von den Neueingeleiteten nur 3502, von den älteren Sachen 6558, so daß 11 573 Sachen ins neue Jahr übernommen werden mußten. Es ist also die Tatsache zu verzeichnen, daß nicht weniger als 2417 Sachen über ein Jahr auf die Erledigung harrten. Von den im Spruchverfahren durch Urteil erledigten 3416 Sachen sind 1677 zurückgewiesen (darunter 1294 Rekurse der Versicherten), in 117 Fällen erfolgte Zurückverweisung an die Vorinstanz (darunter 73 der Versicherten). 1022 Rekurse waren erfolgreich (darunter nur 310 der Versicherten). Der Senat für Berufsunfähigkeit ist in 604 Fällen, hauptsächlich wegen schwerer Staublungeerkrankung (Silikose) angerufen worden. Einschließlich der aus dem Jahre 1930 unerledigt gebliebenen 5738 Anträge lagen demnach 6342 zu bearbeitenden Sachen vor. Hieron wurden ganze 80 durch Urteil erledigt, 4171 durch Verfügung des Vorsitzenden, so daß 2091 Anträge unerledigt blieben. Nur 23 Fälle waren für den Kläger erfolgreich, während 4 Anträge zurückverworfen wurden.

2. I n v a l i d e n v e r s i c h e r u n g. Nach dem vierteljährlichen Nachweigungen der Versicherungsträger wurden im Jahre 1931 insgesamt 423 383 Renten bewilligt, und

zwar 276 133 Invalidenrenten, 90 970 Witwen-(Witwer-) Renten und 56 480 Waisenrenten für 32 085 Waisenkinder (durchschnittlich 1,76 Waisen je Stamm). Weggefallen sind 153 748 Invalidenrenten, 79 377 Witwen-(Witwer-) Renten, 198 190 Waisenrenten, außerdem 905 Krankenrenten, 5165 Altersrenten und 94 Witwenfrankenrenten.

Zusgesamt liefen am 1. Januar 1932 2 285 923 Invalidenrenten (im Vorjahr 2 162 711), 18 483 (19 374) Krankenrenten, 40 239 (45 379) Altersrenten, 651 776 (639 556) Witwen-(Witwer-) Renten, 2115 (2209) Witwenfrankenrenten und 545 637 (648 806) Waisenrenten, im ganzen 3 544 173 (3 518 395) Renten.

Die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung betragen im Jahre 1931 vermutlich etwa 1441 Millionen (im Vorjahr 1399). Von diesem Gesamtbetrag waren 1344 Millionen Leistungen für Renten, 26,2 Millionen Erstattungen an die Angestelltenversicherung für Wanderversicherte und 70,5 Millionen freiwillige Leistungen.

Die Beitragseinnahmen gingen weiter zurück. Es wird angenommen, daß sie 1931 rund 819 Millionen betragen haben. Die Einnahme bleibt um 167 Millionen gegenüber 1930 und um 273 gegenüber 1929 zurück. Das Geschäftsjahr 1931 schließt erstmalig mit einem Vermögensverlust ab. Es ergibt sich ein Fehlbetrag von etwa 197 Mill. M.

Der Bericht über die Gesundheitsfürsorge usw. bringt nur Zahlen aus dem Jahre 1930. Da im Laufe des Jahres 1931 der Bericht über die Ergebnisse des Jahres 1931 erscheinen wird, soll dann der neuere Stand hier besprochen werden.

Im Jahre 1931 gingen 8761 Revisionen ein, gegen 7839 im Jahre 1930. Das Rechtsmittel wurde in 7845 Fällen von den Versicherten und in 916 Fällen von den Versicherungsträgern eingelegt. Zubearbeiten waren 12 648 Sachen, einschließlic der 3887 aus dem Jahre 1930 übernommenen, gegen 12 097 im Vorjahr. Davon wurden 8335 erledigt. Von den im Spruchverfahren durch Urteil erledigten 2709 Fällen wurden 1490 Fälle zurückgewiesen (1287 der Versicherten), 1131 Fälle gingen an die Vorinstanz zurück (darunter 701 der Versicherten), 178 Revisionen waren erfolgreich (48 der Versicherten). Von den im Berichtsjahr eingegangenen 8761 Sachen wurden 4470 erledigt, unerledigt blieben demnach 4291. Aus dem Jahre 1928 blieb noch unerledigt eine Sache, aus 1929 eine Sache und aus 1930 20 Sachen, so daß die Gesamtzahl der in das Jahr 1932 übernommenen Reste 4313 Sachen betrug.

3. Krankenversicherung. Der Bericht weist auf die einschneidenden Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet hin und auf die hieraus resultierenden vielfachen Aufsichts- und Genehmigungsbeschlüsse des Reichsversicherungsamts. An Revisionen gingen 335 ein wegen Leistungsansprüchen, gegen 617 im Vorjahr. Das Rechtsmittel wurde in 271 Fällen von den Versicherten eingelegt. Mit den aus dem Jahre 1930 übernommenen 379 unerledigten Sachen sagten 714 Sachen zur Entscheidung über, von denen 617 begünstigt wurden. 176 Sachen kamen zur Zurückweisung (131 der Versicherten), 77 gingen an die Vorinstanz zurück (57 von Versicherten), 59 waren erfolgreich (44 von Versicherten). Unerledigt blieben 97 Sachen.

4. Angestellteversicherung. Das Reichsversicherungsamt ist an der Verwaltung nicht beteiligt. Aus der Rechtsprechung in Spruchsachen sei erwähnt, daß 590 Revisionen und Anträge eingingen (im Vorjahr 514). In 553 Fällen legten Versicherte das Rechtsmittel ein. Zu bearbeiten waren einschließlic der 169 aus 1930 übernommenen Sachen 759. 257 Sachen wurden zurückgewiesen (255 von Versicherten), 70 wurden an die Vorinstanz zurückverwiesen (darunter 56 der Versicherten), 22 wurden endgültig entschieden (11 der Versicherten). 188 Revisionen sind auf 1932 übernommen. Die übrigen Sachen wurden auf andere Art erledigt.

5. Arbeitslosenversicherung. Auch die Verwaltung dieses Zweiges gehört nicht zur Zuständigkeit des

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Berend Meier in Oldenburg i. O.
Eingetreten: 28. Mai 1882 — Jetzt Invalide



Reichsversicherungsamts. Für den Spruchsenat gingen im Berichtsjahr 519 Sachen ein, einschließlic der aus 1930 übernommenen Sachen waren 703 zu bearbeiten. Erledigt wurden 532, unerledigt blieben 171. In 59 Fällen wurde die Gesetzesauslegung der Spruchsammer bestätigt, in 106 Fällen die Sache unter Darlegung der rechtlichen Beurteilung des Senats an das Oberversicherungsamt zurückverwiesen, in 29 Fällen der Abgabebefehl aufgehoben und die Sache an das Oberversicherungsamt zurückgegeben. 338 wurden ohne mündliche Verhandlung erledigt.

Auf den inzwischen erschienenen Geschäftsbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und auf wichtige Entscheidungen zur Arbeitslosenversicherung, die im Tätigkeitsbericht des Reichsversicherungsamts enthalten sind, soll noch gesondert eingegangen werden.

Vom Reichshaushaltsplan

Der Reichshaushaltsplan ist ein sogenanntes Exekutivbudget, d. h. er wird von der Verwaltung aufgestellt. Der Reichstag hat lediglich das Recht, ihn zu verändern, Einnahmen oder Ausgaben zu erhöhen, zu kürzen, die Stelle der Aufstellung geschieht im Verwaltungsaufbau, „von unten nach oben“. Die untergeordneten Behörden stellen auf Grund eines sogenannten „Normalhaushalts“ ihren Bedarf für 1. Befoldungen, 2. andere persönliche Ausgaben, 3. Sachliche Ausgaben und 4. für sonstige Ausgaben fest und reichen diese Vorschläge ihren vorgesetzten Dienststellen ein, die sie nach Prüfung dem zuständigen Finanzminister weiterleiten, selbstverständlich unter Hinzufügung des eigenen Bedarfs. Der Minister stellt unter eigener Verantwortlichkeit seinen Ministerialplan, der nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung — die das Grundgesetz darstellt, das die Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung des Reichsetats regelt — nur solche Ausgaben enthalten darf, die für die Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendig sind.

Diese Ministerialvorschläge sind rechtzeitig dem Finanzminister einzureichen. Dieser stellt an Hand der bei

ihm sich zusammenfindenden Unterlagen verantwortlich den Entwurf des Reichshaushaltsplans auf. Er besteht: 1. aus den Ministerialplänen, 2. den Plänen selbständiger Stellen, und Körperschaften (Reichspräsident, Reichstag, Reichsrat, Reichsgerichtsrat, Rechnungshof mit Reichsparlamentarischer Kommission) und 3. den sachlichen Arbeitsgebieten (Allgemeine Finanzverwaltung, Pensionen, Kriegsschulden usw.). Der Reichsfinanzminister ist bei der Entwurfsaufstellung nicht verpflichtet, die ihm eingehenden Vorschläge widerspruchlos anzunehmen. Er ist im Gegenteil verpflichtet, sie darauf zu prüfen, ob sie sachlich notwendig und zweckmäßig sind. Er kann sie nach Benennen mit den zuständigen Stellen ändern oder bestimmte Ausgaben fortlassen. Der Finanzminister ist zunächst nicht in der Lage, sich gegen einen solchen Entschluß des Finanzministers zu wehren.

Er kann das erst versuchen, wenn der Entwurf vom Finanzminister der Reichsregierung zur „Feststellung“ eingebracht wird. Auf Antrag des Finanzministers faßt die Regierung über die Ausgaben und Vermehrte Beschlüsse, deren Aufnahme in den Haushaltsplan der Finanzminister abgelehnt hatte. Sie darf es jedoch nur, wenn es sich um Angelegenheiten von grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung handelt. Beschließt die Regierung die Ausgabe, so steht dem Finanzminister ein Widerspruchsrecht zu. In diesem Fall darf die Ausgabe nur dann in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn dies in erneuter Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Reichsminister beschließt und der Reichskanzler mit der Mehrheit gestimmt hat. Ist jedoch der Reichskanzler der Meinung des Finanzministers, so unterbleibt die Ausgabeabstimmung, selbst wenn alle anderen Reichsminister dafür sind. Diese außerordentlich starke Vorzugsstellung des Reichsfinanzministers gegenüber seinen Ministerkollegen erklärt sich daraus, daß er als „Minister für das Gleichgewicht im Haushalt“ auch dem Parlament gegenüber mit einer besonders starken Verantwortlichkeit beauftragt ist. Hat die Regierung über die Vorlage des Finanzministers Beschlüsse gefaßt, so ist sie damit „Regierungsentwurf“ geworden, der in die Form eines Gesetzesentwurfs gefeindet und dem Reichsrat eingebracht wird.

Bis zu diesem Zeitpunkt befindet sich der Entwurf des neuen Haushalts im Zustand der sogenannten Verwaltungsbewilligung, d. h. die Verwaltung hat sich bis jetzt den Bedarf selbst bewilligt, den sie für notwendig hält. Die Korrektur und die Ergänzung dieser Verwaltungsbewilligung erfolgt durch die Parlamentsbewilligung, in deren Stadium der Regierungsentwurf mit seiner Abarbeitung an den Reichsrat eintritt.

Nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung soll der Entwurf des Etats dem Reichsrat bis spätestens 1. November, dem Reichstag bis spätestens 5. Januar zugeleitet werden. Daß diese Sollarbestimmungen wiederholt überschritten worden ist, ist bekannt. Das Rechnungsjahr des Reiches geht vom 1. April bis zum 31. März. Das Budgetgesetz des Reiches ist das zentrale Gesetz seiner Rechte. Seine gründliche Handhabung durch das Parlament ist die Gewähr für eine ordnungsmäßige Verwaltung und ihre Kontrolle. Verspätete Vorlegung des Etats führt leicht zur „Durchsetzung“, d. h. zur überfälligen Statüberlegung, durch die im Effekt die Ausübung des Budgetgesetzes geschnitten wird.

Der Regierungsentwurf wird im Reichsrat beraten. Der Schwerpunkt dieser Beratungen liegt in seinen Ausschüssen, deren Sitzungen nicht öffentlich sind und deren Verhandlungen streng geheim gehalten werden müssen. Erst wenn der durchberatene Entwurf der Vollversammlung des Reichsrats zur Beschlußfassung vorgelegt wird, hat die Öffentlichkeit zum ersten Male offiziell Gelegenheit, über den Inhalt des neuen Haushalts näheres zu erfahren. Manchesmal werden bestimmte Grundzüge des

Pfingstfängerfahrt des Kölner „Gutenberg“ nach Trier

Nachdem eine vor kurzem abgeschlossene Delegiertenkonferenz der in der Rheinisch-Westfälischen Buchdrucker-Sängervereinigung zusammengeschlossenen Buchdrucker-Gesangsvereine den diesjährigen Sängertag infolge der schlechten Wirtschaftslage am ein Jahr aufgeschoben hatte, beschließen die Aktiven des Kölner Kollegengangsvereins „Gutenberg“, ihre diesjährige Sängertour nach Trier zu machen, um der dortigen „Graphia“ einen Besuch abzustatten. Zweierlei Gründe waren es, als Ziel der Reise gerade Trier zu wählen: einmal wird Trier wegen seiner ungünstigen geographischen Lage am südlichen Zipfel unseres großen Gaues wohl kaum in die Lage kommen, einen Buchdrucker-Sängertag zu beherbergen, andererseits sollte das rege Interesse der Trierer Sangesbrüder an unserer Vereinigung, das durch regelmäßige und zahlreichere Beteiligung derselben an allen bisherigen Sängertagen zum Ausdruck kam, in etwas von der Zenntreue belohnt werden.

Der Gedanke, bei dieser Gelegenheit in Trier ein gemeinsames Konzert und einen Rheinischen Abend zu veranstalten, fand in beiden Vereinen lebhaften Widerhall. Entgegen unserer bisherigen Gepflogenheit bei Sängertagen, begleiteten uns diesmal unsere Frauen. Auch der gesamte Gauvorstand leitete unsere Einladung bereitwillig Folge; sollte diese Reise doch neben der Werbung für unsre Sängerschaft auch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Buchdrucker in unserm Verband in breiter Öffentlichkeit unter Beweis stellen. Und fährwar: wenn jemals eine derartige Reise die gesteckten Ziele nach allen Seiten

hin erfüllt hat, dann kann man dies von dieser mit Zug und Reist behaupten.

In vier großen, mit Fahnen in den Buchdruckerfarben geschmückten Autobussen traten wir bei schönstem Wetter am ersten Pfingstfeiertag um 6 Uhr morgens die lange Reise an, zusammen 150 Personen. Nach einer interessanten Fahrt durch die Hocheifel erreichte uns in Wittburg bereits ein Bortrupp Trierer Sangesbrüder in Autos, um uns für den Rest der Reise zu begleiten. Pünktlich, zur angegebenen Zeit, um 1 1/2 Uhr mittags, fuhrten wir durch die Tore der historischen Porta Nigra, wo wir auf dem dahinterliegenden freien Platz von der Trierer „Graphia“ und von einer großen Menschenmenge kühnlich begrüßt wurden. Nachdem wir unsern Autos entiegen waren, sang die „Graphia“ einen Willkommensgruß. Der Vorsitzende der „Graphia“, Kollege Beckmann, dankte dann für unsern Besuch, der von den Kollegen von Trier wie auch von der Trierer Bevölkerung mit Interesse erwartet worden sei. Dieses Zusammenreffen an historischer Stätte werde nicht nur für unsre Kollegengangsvereine, sondern auch für unsre Berufsorganisation von Vorteil sein. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Gastverein. Dann nahm ein Vertreter der Stadt Trier das Wort, um im Namen der Stadtverwaltung uns zu bewillkommen. Nachdem er auf die oberirdischen Sehenswürdigkeiten von Trier als der ältesten deutschen Stadt hingewiesen, erklärte er, daß unterirdisch große Mengen deutschen Mostweins lagerten, dem fleißig zuzusprechen wir nicht versehen sollten. Wie hoch die städtische Verwaltung diesen Besuch schätze, gehe daraus hervor, daß er den Austrag habe, dem Kölner Verein ein Bild, die Porta Nigra darstellend, zu überreichen. Der Vorsitzende des Kölner Vereins, Kollege T r i e r

w e i l e r, dankte der Trierer „Graphia“ wie auch besonders dem Vertreter der Stadt für die bewiesene Ehrung. Wären wir auch überzeugt gewesen, in Trier gut aufgenommen zu werden, so seien die Erwartungen doch bei weitem übertraffen worden. Er habe nur den einen Wunsch, daß die Freundschäftsbande, die beide Vereine verknüpfen, durch dieses Zusammenreffen noch befestigt würden. Mit einem dreifachen Hoch auf die „Graphia“ und auf die Stadt Trier und mit dem Ruf „Freundchaft!“ schloß er seine Ausführungen. Der Kölner „Gutenberg“ sang dann seinen Sängerspruch, womit der kurze, aber erbebende Begrüßungsakt seinen Abschluß fand. — Hierauf wurde das Mittagessen eingenommen, dem sich eine Rundfahrt durch die Stadt unter sachkundiger fährlicher Führung anschloß. Hochbefriedigt von all den Sehenswürdigkeiten dieser schönen Stadt, suchten wir dann unsre Quartiere auf, um uns für das abends 7 1/2 Uhr beginnende Konzert im größten Trierer Konzertsaal, der „Treviris“, vorzubereiten.

Als wir dort eintrafen, war der große Saal schon dicht besetzt, so daß auch die Galerie des Lokals noch für die Besucher freigegeben werden mußte. Zu unsern großen Freude waren aus dem Saargebiet über 60 Kollegen mit dem Gauvorsitzer Siedel an der Spitze zu dem Konzert erschienen. Der Kölner Verein bestritt das eigentliche Konzert unter stiftlicher Mitwirkung des Blasinstrumentisten Fred Rothpflug aus Köln. Unter der Leitung unsres Dirigenten, Musikdirektors Nicolini, sangen wir zu Anfang die Chöre „Morgendämmerung“ von Franz Curti und „Morgengrauh“ von A. v. Oeffgrieben. Herr Fred Rothpflug führte sich mit Lente serioso von Tartini und mit einer Arie (auf der G-Saite) von J. S. Bach versprechend

Etags schon vorher bekannt, wenn Deckungsschwierigkeiten die Regierung zwingen, sich mit den Parteien in Verbindung zu setzen.

Es wird selten vorkommen, daß der Reichsrat widerspruchslos dem Regierungsentwurf zustimmt. Als Vertreter von Völkern, die er noch stets Änderungswünsche geäußert, die in Form von Anträgen an die Reichsregierung gerichtet werden. Stimmt die Regierung ihnen nicht zu, so wird der Regierungsentwurf in seiner ursprünglichen Gestalt dem Reichstag zugeleitet, für die strittigen Punkte jedoch eine sogenannte Doppelvorlage gemacht.

Im Reichstag herrscht grundsätzlich das System der drei Lesungen. In der ersten Lesung erfolgt gewöhnlich die große „Etablierung“ des Finanzministeriums, der sich Erklärungen der einzelnen Fraktionen anschließen. Die Debatte ist Generaldebatte, d. h. sie erstreckt sich nur auf die allgemeinen Grundlagen des neuen Haushalts. Nach Schluß der Debatte wird der Entwurf des Haushalts dem Reichshaushaltsausschuß überwiesen.

Im Reichshaushaltsausschuß sind die Fachreferenten der einzelnen Fraktionen vertreten. Er berät systematisch sämtliche Einzelpläne des Entwurfs durch, läßt sich Unterlagen und Aufklärungen von den zuständigen Behörden geben und stellt nach Einigung darüber zu den einzelnen Vorlagen seine Anträge. Die Debatte ist hier eine vorwiegend sachlich-finanzpolitische, im Gegensatz zum Parlament, wo die rein politischen Gesichtspunkte vielfach im Vordergrund stehen. Es ist selten, daß im Parlament anders entschieden wird, als die Ausschüsse beschlossen haben. Schon daraus erhellt, ein wie großes Gewicht gerade den Ausschussberatungen zukommt, die allerdings nicht öffentlich sind.

Der zweiten Lesung der Volksversammlung liegen die Anträge und die vielfach gedruckten „mündlichen Berichte“ des Ausschusses vor. Die Debatte ist jetzt grundsätzlich Spezialdebatte, d. h. sie erstreckt sich systematisch auf die Einzelkapitel und Titel des Entwurfs. Für ein Einzelkapitel zu Ende beraten, so wird es durch die Abstimmung „votiert“ (festgestellt). Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß über sämtliche der mehr als 4000 Einzelpositionen einzeln abgestimmt wird. Das geschieht vielmehr nur über die, zu denen vom Ausschuß oder aus dem Parlament heraus Anträge gestellt werden. Hat der Entwurf schon auf dem Weg der Verwaltungsbewilligung Änderungen seiner ursprünglichen Gestalt erfahren, so geht auf dem der Parlamentsbewilligung noch mehr. In diesen Änderungen und in der rechtlichen Möglichkeit zu ihnen liegt die politische Bedeutung der Budgetberatung beschlossen. Nach der Einzelvotierung erfolgt die Feststellung des Gesamtplans und des Haushaltsgeheimnisses.

In der so beschlossenen Gestalt wird der Haushaltsentwurf Grundlage der dritten Lesung, die sowohl eine Spezial- wie Generaldebatte auslöst. Auch jetzt liegt noch — wenn auch unter erschwerten Bedingungen — Änderungsanträge möglich. Nach Schluß der Debatten erfolgt jeweils die endgültige Votierung. Durch die Schlußabstimmung wird der Haushaltsplan in seiner endgültigen Gestalt beschlossen und erhält nach der Verkündung des Haushaltsgesetzes (zu dem er eine Anlage bildet) durch den Reichspräsidenten rechtliche Wirkung.

Unsre Skizze hat den normalen haushaltsrechtlich geregelten Weg der Budgetwerdung geschildert. Daß außerdem politische Faktoren an dieser Fertigstellung mitarbeiten, ist selbstverständlich. Die Regierung vertritt schon vor der offiziellen Parlamentsbewilligung die Parteien auf bestimmte Grundlinien des Entwurfs festzulegen, um für sie im Parlament eine Mehrheit zu erhalten. Für derartige politische Fälle ist selbstverständlich eine haushaltsrechtliche Regelung nicht möglich. Rhm.

Inflationquellen*

Wann beginnt eine Inflation? Das ist stets eine Streitfrage. Denn die Inflation ist kein Ereignis, sondern ein Zustand. Der Eintritt dieses Zustandes wird nicht mit Pauken und Trompeten angekündigt, sondern geschieht so heimlich wie möglich.

Es läßt sich einmal, als ob eine Inflation öffentlich sichtbar eingeleitet würde. Das war, als England am 21. September 1931 den Goldstandard aufhob. Gerade daraus aber ist keine Inflation geworden. Die Welt hat sich geirrt, soweit sie das damals glaubte.

Umgekehrt hat man in Deutschland noch an prominenter Stelle im Jahre 1923 geäußert, daß eine Inflation bestünde. Der Präsident der Reichsbank erklärte: Von einer Inflation kann keine Rede sein, da der Goldbestand der Reichsbank mehr Wert hat als der Billionenumlauf an Banknoten.

Also scheint Unklarheit darüber zu bestehen, was eine Inflation ist. So ist es auch. Denn in der Volkswirtschaft sind die Begriffe nirgends mathematisch abgegrenzt. Sie können verschieden ausgelegt werden.

Im Jahre 1919 fand eine Diskussion statt, ob und wann in Deutschland der Staatsbankrott eröffnet werde. Ich erklärte diese Erörterung für überflüssig, da der Staatsbankrott längst eingetreten sei. Auf eine Eröffnung werde man vergebens warten. Der Reichspräsident werde nicht zum Amtsgericht Berlin-Mitte gehen und den Konkurs anmelden. Aber zahlungsunfähig sei das Reich, seit es nicht mehr in vollwertigem Geld seine Verpflichtungen erfüllte.

Zufänglich hat das Deutsche Reich immer seine Verpflichtungen genau mit Mark und Pfennig gezahlt. Aber mit was für Mark und Pfennig? Der Staatsbankrott ist niemals eröffnet worden. Und doch hat es bisher in der Geschichte keinen ärgeren Staatsbankrott gegeben.

Er war kein Ereignis, sondern ein Zustand, der sich eingeschlichen hatte. Wollte man ganz genau sein, so muß man den Beginn bis zum August 1914 zurückverlegen. Damals, als die Reichsbank von der Verpflichtung befreit wurde, ihre Noten in Gold einzulösen. Als ihr gestattet wurde, Reichswchsel als Notenbedeckung zu verwenden. Daraus hat sich das alles allmählich entwickelt.

Daraus hat sich auch jener Zustand des Geldmangels und der Wirtschaft in Deutschland entwickelt, der bis 1923 dauerte. Allgemein bezeichnet man diesen Zustand jetzt als die große deutsche Inflation.

Aber wann hat sie begonnen? Diesen Zeitpunkt kann man nicht einwandfrei feststellen. Es ist üblich, das erste Disagio der Markwährung als den Beginn anzusehen. Aber das ist nur ein Symptom. Eine Währung kann teilweise ein Disagio an den Auslandsbörsen haben, und es braucht doch keine Inflation gewesen zu sein.

Man kann weiter, in England, noch in den nordischen Staaten von einer Inflation sprechen, obwohl die Währung seit Monaten ein großes Disagio zeigt. Viel eher könnte man es einen Staatsbankrott nennen, daß diese Länder ihre Zinsen nicht mehr mit dem Goldwert bezahlen, zu dem die Anleihen aufgenommen wurden. Ein Vorkord mit 70 bis 80 Proz. in einem Konkurs ist auch nichts anderes.

Inflation ist die Aufblähung des Geldumlaufs über den notwendigen Bedarf der Wirtschaft hinaus. Da besteht schon die Differenz über den Begriff Notwendigkeit. Auch darüber kann Meinungsverschiedenheit sein, was der Geldumlauf ist. Einstmals waren es nur die Münzen. Dann auch die Banknoten. Seit Jahrzehnten wird ein großer

* Ans. „Was hat an!“ „Kleinere Wirtschaftskorrespondenz von Dr. Hermann Zicker in Schaan (Westenheilen). Walle-Berlin und Verwaltungsgesellschaft m. b. H. in Schaan; Bezugspreis 4 M. halbjährlich, erscheint wöchentlich.

Teil der Banküberweisungen (Postcheck) als Geldumlauf anzusprechen sein. Denn diese Überweisungen sind genau so ein Erlaß der Banknoten, wie diese ein Erlaß der Münzen.

Der Geldumlauf und seine noch wichtigere Geschwindigkeit sind aber niemals einwandfrei zu messen. Es ist sehr roh und deshalb falsch, die Menge der von einer Notenbank ausgegebenen Geldscheine als Barometer des Geldumlaufs zu betrachten und zu bemessen. Daher die vielen Zerrümer, die Kurzlebigkeit hochoffizieller Schätzungen. Ein veraltetes und unbrauchbares Handwerkszeug.

Wenn eine Million Banknoten jahrelang, oder auch nur monatelang eingesperrt sind, so sind sie während der ganzen Zeit kein Geld gewesen. Sie haben am Umlauf nicht teilgenommen. Aber die Überweisungen zwischen den Postcheckkonten und zwischen den Bankkonten sind Geldumlauf. Niemand ist bisher auf den Gedanken gekommen, auch nur die Summe der Postcheckguthaben dem Geldumlauf zuzurechnen. Ein solches Guthaben wechselt aber im Laufe des Jahres wahrscheinlich öfter den Besitzer als im Wertmaß der Banknoten. Mit den Bankguthaben braucht es nicht anders zu sein.

Gerade bei den Bankguthaben vermissen sich aber die Grenzen zwischen Geld und Kapital. Schon die Banknote kann zugleich Geld und Kapital sein. Es kommt auf die Benutzung an. Beim Bankguthaben aber ist in der Regel beim gleichen Besitzer ein Teil Geld und ein Teil Kapital. Je nachdem es bewegt wird oder nicht.

Wann steigt nun der Geldumlauf über den notwendigen Bedarf der Volkswirtschaft an Geld? Wann also beginnt die Inflation? Man sagt allgemein: Wenn die Preise steigen. Die Preise können aber aus ganz verschiedenen Gründen steigen. Sobald an einer Ware ein Mangel ist, die Nachfrage das Angebot übersteigt, erhöht sich der Preis. Auch ohne Inflation. Erst wenn die Preise aller Waren steigen, muß man die Ursache dafür nicht mehr auf der Warenseite, sondern auf der Gelbseite.

Aber auch bei einer allgemeinen Erhöhung der Warenpreise werden einzelne Waren voranschreiten, andre zurückbleiben. Manche Waren vielleicht trotzdem billiger werden. Wenn nämlich die Veränderungen des Warenvorrats die Wirkungen der Veränderung des Geldumlaufs aufheben. Eine Verdopplung der Ernte in einem Produkt wird auf den Preis drücken, auch wenn die andern Preise steigen, weil das Verhältnis von Geldmenge zu Warenmenge insgesamt sich ändert.

Deshalb spricht niemand von einer Inflation in England. Das eine Symptom des Disagios der Währung ist zwar da. Die beiden andern, Vergrößerung des Notenumschlages und Steigerung der Preise fehlen dagegen. Die Preise sind in England weber für die Waren noch für die Sachwerteffekten im allgemeinen höher geworden.

Umgekehrt spricht man davon, daß Amerika eine Inflation herbeiführen wolle, weil man dort den Notenumschlag vergrößern und die Preise heben will. Das ist auch nicht genau. Vor drei Jahren war der Notenumschlag in Amerika größer, und die Preise waren bis um 50 Proz. im Durchschnitt höher. Trotzdem hat niemand daran gedacht, von einer Inflation in Amerika zu reden. Die Inflation ist etwas Ungeheures. Die Wirtschaftslage Amerikas vor drei und vier Jahren schien aber ganz besonders gesund.

In der Schweiz stehen die Preise hoch, und der Notenumschlag ist sehr groß. Viel größer, als er für die Wirtschaft des Landes notwendig ist. Aber diese Banknoten ruhen zum allergrößten Teil in Tresoren. Es laufen nur so viele um, wie die Wirtschaft gebraucht. Ähnlich ist es in Frankreich. Von einer Inflation ist in keinem der beiden Länder die Rede.

Man könnte schließlich von jedem Land behaupten, daß dort Inflation besteht, wenn die Preise über dem internationalen Durchschnitt liegen. Man hat ja auch schon von einer Goldinflation gesprochen, wenn sich in einem Land sehr viel Gold angesammelt hat. Dieser große Goldvorrat war ebenso das Zeichen eines Wohlstandes wie der hohe Lebensstandard, ausgebrochen durch die hohen Preise. Aber sind deshalb die Preise so hoch gewesen, weil so viel Gold im Land war? Man hat es zeitweise angenommen und deshalb das Wort von der Goldinflation geprägt. Aber es besteht doch ein Grundunterschied zwischen der Goldvermehrung und der Papiergeldausgabe. Das heutige Amerika zeigt auch, daß man viel Gold und trotzdem eine schwere Krise und niedrige Preise haben kann. Auch in Frankreich sind die Preise gesunken, während der Goldbestand gewachsen ist.

Diese verschiedenen Beispiele zeigen, daß eben die Zusammenhänge in der Volkswirtschaft, die Beziehungen zwischen Geldumlauf und Warenpreisen recht verwickelt sind. Sie zeigen, daß es einen eindeutigen Begriff der Inflation nicht gibt. Daß ferner die Anfänge einer Inflation, einer ungelunden Vermehrung und Beschleunigung des Geldumlaufs im Dunkeln liegen.

Korrespondenzen

Barmen. In unsrer Versammlung am 13. Mai sollte zu dem endgültigen Resultat der Tarifverhandlungen Stellung genommen werden. Leider hatten sich die Verhandlungen wieder hinausgezögert und so konnte Vorsitzender B e l l i n g e r a t h nur über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen und über unsre augenblickliche Arbeitsrechtslage berichten. Eine sich anbahnende angeregte Diskussion vermittelte der Kollegenchaft manchen guten Gedanken, nurteilte aber auch die von einzelnen hiesigen Unternehmern immer wieder versuchten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Lebhaft debattiert wurde ebenfalls nach einem Bericht des Bezirksleiterführers D e l e r über die Lehrführerleiterkonferenz. Entgegen der

ein. Die Begleitung am Flügel hatte Walter Hammer Schlag aus Köln. Dann sangen wir den musikalisch schwierigen Chor „Süerspruch“ von Erwin Wendt. Es folgten zwei Violinl. v. Dagiog von W. A. Mozart und das Menuett von L. v. Beethoven. Von unsrer Seite folgten dann „Es steht eine Lind“ von J. Schwarz, „Kosabella-Fidolin“ von Rud und „Frau Nachtigall“ von A. v. Dieckmann. Mit dem Spanischen Tanz von Granados-Kreisler und Caprice C-Dur von Paganini zeigte Herr Rothplatz seine Geigenkunst in vollendeter Weise. Immer und immer wieder wurde er gerufen, bis er sich zu einer Zugabe bequeme. Mit dem Chor „Vom Rhein“ von Max Bruch beendeten wir den ersten Konzertteil. Unsre Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und unserm Dirigenten wurde ein Lorbeerkranz mit Schleife überreicht.

In der anschließenden Harmonie kamen auch die Trierer Sänger zu ihrem Recht. Eröffnet wurde dieser Konzertteil durch Musikstücke des Trierer städtischen Orchesters. Mit großer Begeisterung sang die „Graphia“ unter der Leitung ihres Dirigenten, Herrn Heinrich Müller, die „Hymne an die Ewigkeit“ von Werth und „Waldeinsamkeit“ von Seidel. Nachmals ergriff Kollege B e l l m a n n hier das Wort, um den Gesangsverein „Gutenberg“ und die Mitglieder des Gauvorstandes sowie die Kollegen aus dem Gaargebiet zu begrüßen. Wenn an ihn Stimmen gelangt seien, daß in diesen Netzeiten das Festfeiern nicht angebracht sei, so sei er mit ihm wohl auch die Anwesenden der besten Überzeugung, daß durch diese Veranstaltung die Einigkeit und Geschlossenheit der Verbandskollegen gefestigt worden sei. Kollege T r i e r w e i l e r dankte für die Begrüßung und überreichte dem Kollegen B e l l m a n n zum Andenken an unsern Besuch ein Fotoalbum mit Widmung. Als erste Photographie war eine solche des Kölner Vereins eingefleht. Dann nahm Gau-

vorsitzer Kollege L ö s c h e r das Wort. Auf den Antrag des Trierer Vereins, zu dieser Veranstaltung einen Gauvorsitzer zu delegieren, habe er mit Freude mitteilen können, daß der gefamte Gauvorstand privat daran teilnehme. Der traditionelle Korpsgeist unter den Verbandskollegen habe in den Kollegengesangereihen eine besondere Pflegestätte, darum hätten diese Vereine heute mehr denn je Vorgesellschaft. Er schloß mit einem Hoch auf den Verband und auf die beiden Gesangsvereine. Es folgten nun weitere Darbietungen der „Graphia“ sowie Tenor solo unsres Vereinsmitgliedes Neef. Unter großem Beifall vereinigten sich dann beide Vereine unter Nicolins Leitung zu dem wichtigsten Chor „Hoch empor“ von Curti.

Nun kam der H e i n r i c h A b e n d. Hierfür hatten wir die Kölner Karnevalskönigin Schnitzler und Oberherds verpflichtet, die mit ihren Darbietungen die Lustmüsten der Anwesenden in Bewegung setzten. Nicht zu vergessen sind die Darbietungen eines dreifachen Quartetts des Kölner Vereines. Ein Tänzigchen hielt die Anwesenden noch lange zusammen.

Zum Schluß auch von dieser Stelle den Trierer Kollegen herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme.

Am zweiten Pfingsttag trafen wir uns nochmals mit den Trierer Sangesbrüdern und Kollegen im „Gewerkschaftsbau“ zum Musikabstrunk. Unter Tischerschwenken und Rufen „Auf Wiedersehen!“ fuhrten wir um 11 Uhr von Trier ab, um diesmal den Weg durch das herrliche Moseltal zu nehmen. In Traben-Trarbach und Kockem wurde „getankt“, um dann letztwärts auf Altwieser zuzufeuern und dort auch noch die Gewässer der Uhr zu probieren. Diese Singerschaft des Gesangsvereines „Gutenberg“ wird allen Teilnehmern noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben. U g u t z B o n g a r d (Köln).

Meinung mancher in der Lehrlingsorganisation Tätigen wurde hier einer politischen Erziehung in unserm Sinn das Wort geredet. Hingewiesen wurde bei dieser Gelegenheit auch auf die brutale Ausbeutung der Lehrlinge, die, eben ausgeliefert, einem neuen Lehrling ihren Platz einräumen müßten und selbst einer dunklen Zukunft ausgeliefert würden. Aus den geschäftlichen Mitteilungen sei hier erwähnt die Stilllegung der Hausdruckerei des Barmer Wandvereins infolge der Fusion mit der Commerz- und Vertriebsbank, wovon fünf Kollegen betroffen sind, denen die Arbeitsmöglichkeit genommen wurde. Der Initiative der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes ist es zu danken, daß am 24. Mai ein Kursus für arbeitslose Kollegen (Drucker und Seher) in der hiesigen Berufsschule beginnt, wo praktisch gearbeitet werden soll. Aufgenommen wurden wieder zwei Kollegen aus der Sehlehrlingsabteilung. Wegen Restierens von Beiträgen wurde ein Kollege zum Ausschluß gestellt. Typisch ist bei diesem Kollegen, daß dieser vor einiger Zeit bemerkte, nicht in der Lage zu sein, die Extrabeiträge zu zahlen, und dann, als er arbeitslos wurde, mit einem andern Fachmann zusammen eine hochwertige Buchdruckerei kaufte! Beim Punkt „Beitragsregelung“ wurde der Grundbeitrag auf 3 M. wöchentlich festgelegt.

Stuttgart. Am 8. Mai, einem selten schönen Maientag, ehrte unsre Mitgliedschaft einen Kollegen, der unsrer Organisation 60 Jahre, und 13, die ihr 50 Jahre angehören. Im festlich geschmückten Saal des Höhenrestaurants „Schönbild“ ging diese würdige, einzigartige Morgenfeier vor sich. Kollege K e i n ehrte die vollzählig erschienenen Jubilare. Seine Ausführungen begannen mit Dankesworten für die vorbildliche Treue, die diese Mitgliebes an den Tag legten. Es waren andre Zeiten, andre Verhältnisse, als unsre Jubilare in den Verband eintraten, wie sie es heute sind. Damals gehörte mehr Mut dazu, seine gewerkschaftliche Überzeugung zu bekämpfen. Aus dem Leben der einzelnen Jubilare zeigte er, wie Stein an Stein gereiht wurde, um das heutige stolze Gebäude zu erstellen. Diese unerbittliche Treue ist eine hervorragende Eigenschaft in unserm Verband. Wenn heute von rechts und links Versuche unternommen werden, diese Einigkeit zu untergraben und zu unterwühlen, könne nur gefagt werden, diese Parteien werden längst überlebt und verschwunden sein, wenn der Verband der Deutschen Buchdrucker noch in alter, ungebrochener Stärke weiterbesteht. Lüge, Verleumdung, Verächtlichmachung unsrer Führer und all die Mittel demagogischer Hege werden zerfallen an der Last, daß der Verband der einzige Hort ist, wo in allem Ungemach seine Mitglieder Hilfe und Schutz finden. In heutiger Krise, wo die Unternehmer ihre Zeit für gekommen hielten, um uns Erzeugnisse wieder abzunehmen, wo von sogenannten Arbeiterparteien mit Kaiserjöhnen, Generalen, Rechtsanwältin als Führern die Arbeiter vernebelt und um ihre Rechte betrogen werden sollen, müßte der Zusammenstoß und die Treue unsrer Jubilare zum Vorbild dienen. Auch jene Kreise von links, die zuerst alles vernichten wollen, um aus Schutt und Asche Neues, Unerprobtes zu errichten, lehne der gesunde gewerkschaftliche Sinn der Buchdrucker ab. Wer diese, bedauerlicherweise, möge keine ziehen. Wir trauern ihn nicht nach. Ehrliche Gegner sind uns lieber als unehrliche Kameraden. Kollege K a r l H a u s m a n n dankte im Auftrag der Jubilare. Seinen treffenden Ausführungen waren die schwierigsten Verhältnisse in ihrer Einleitungszeit zu entnehmen. „Verdeckt“ mußte bis zu 60 Stunden und darüber wöchentlich gearbeitet werden, um nicht auf die Straße zu fliegen. Der Streik 1891 sah alle als Kämpfer. Arbeitslosigkeit, Wanderschaft, Aufnahme in schwarze Listen waren ihr Los. Nichts vermochte sie abzuhalten, ihren für richtig gehaltenen Weg unbeirrt weiterzuschreiten. „Auf diese Tat sind wir stolz und werden treu zum Verband stehen, bis wir, zum Habes gerufen, Abschied nehmen von unsern Kollegen und dieser gegenwärtig nicht allzu schönen Zeit und Welt.“ So klangen die Worte dieses Sprechers der Jubilare aus. Den gesanglichen Teil hatten unsre vollzählig erschienenen Sängerkollegen übernommen. „Die Heimat“ von Fischer, „Aus der Augenzeit“ von Kränzel und „Widder zur Sonne, zur Freiheit“ von Scherzen und auf Wunsch der Jubilare die Dreingabe „Mädels ruf, ruf, ruf“ wurden unter Leitung des Chormeisters Stärke wie immer lauter und klanglich hochtend vorgetragen. Unsre Gänger sind es, die allen Feinden und Feiern den kollegialen Stempel versehen. Eine Abteilung des Philharmonischen Orchesters sorgte für musikalische Kunstgenüsse. Diese Jubilarestrungen sind die ergreifendsten und einzigartigsten Feiertunden innerhalb der Kollegenchaft. Wir möchten sie nimmer missen. Den jungen Kollegen rufen wir zu: Folgt dem Beispiel dieser alten treuen Kämpfer. Haltet Treue! Seid einig! Dann wird auch nach eurem einigten Jubiläum eine junge Garde voll Stolz eure Tat ehren und nachreifen suchen im ewigen Kreislauf des beruflichen und gewerkschaftlichen Geschehens.

Stuttgart. (Drucker - Vierteljahrsbericht.) Trotz Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau kann über ein gutes Versammlungsleben und ein reges Interesse der Kollegen an ihrer Fortbildung berichtet werden. In unsrer Versammlung am 16. Januar erfolgte die Besprechung der Neujahrsdrucksachen durch den Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes, Kollegen K e i n h a r d t. Ein Lichtbildvortrag: „Sonne über der Nordsee“, zeigte uns herrliche Naturaufnahmen und war eine willkommene Abwechslung zu den sonstigen technischen Darstellungen. Unter „Technischem“ wurden die Ausstellungen der Firma Dünhaupt über ihre „Greifzugschicht“ kritisiert. Diese Firma lüdt die Ursache ihres offenbar schlechten Geschäfts mit dieser Neuerung bei den Gehilfen. Unsres Erachtens ist es kein gutes Zeichen, wenn man derartige Methoden gebrauchen muß, um sich durchzusetzen. Am 20. Februar beschäftigten wir den Neubau der Groß-einkaufsgenossenschaft in Wengen. Mehrere hundert Kollegen mit Angehörigen waren erschienen. Der Neubau umfaßt große wohnschöne Lageräume und eine modern eingerichtete Fleischeri. Der Vertreter der G. G. V. verstand es in vortrefflicher Weise, den Teilnehmern die Organisation des Einkaufs und der Verteilung zu schildern und ein lebendiges Bild vom Werden der Konsumgenossenschaften zu geben. Der Genossenschaftsgebäude verdient die volle Anerkennung der organisierten Arbeiterchaft. — Zu

unsrer Hauptversammlung am 12. März gab Kollege K e i n einen Rückblick auf das letzte Vereinsjahr und zeigte die Auswirkungen der schweren wirtschaftlichen Notlage auf. Die Zahl der arbeitslosen Drucker hat sich bei uns gegenüber dem letzten Vierteljahr des Jahres 1930 verdreifacht. Die noch in Arbeit stehenden Kollegen arbeiten zu einem großen Teil verzinst. Die Preisenkämpfung hat schwer enttäuscht und steht in keinem Verhältnis zur Senkung des Lohnes. Der Vorstand war bemüht, durch Kurse, Vorträge und Besichtigungen die Kollegen mit den technischen Neuerungen vertraut zu machen. Die Beteiligung an allen Veranstaltungen war gut. Die technischen Diskussionsstunden in den Versammlungen fanden großen Anklang. Die Mitgliedszahl des Stuttgarter Vereins betrug am 31. Dezember 1931 505. Austritte sind nur ganz vereinzelt erfolgt. Ein Antrag auf Beitragsüberhebung wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Kollegen sind der Auffassung, daß die Fortbildung und das ganze Vereinsleben auf seiner jetzigen Höhe erhalten bleiben muß und bringen dafür gern ein Opfer. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Aus dem Kreisbericht ging hervor, daß man bemüht war, die angeschlossenen Vereine durch Referenzen und Rundsendungen tatkräftig zu unterstützen. Anschließend hielt Kollege D o h l einen Vortrag über das Thema „Hat Fortbildung noch einen Sinn?“ Er ging aus von dem Widerspruch zwischen der heutigen Entlohnung und den steigenden Ansprüchen, die an die Kollegen gestellt werden. Die Notwendigkeit zur Fortbildung sei auch heute noch zu bejahen, weil sie die Grundlage unsrer Existenz bilde. Die technischen Neuerungen und die Konkurrenz anderer Druckerfabriken zwingen uns zu erhöhter Aufmerksamkeit. Die materielle Anerkennung unsrer Arbeit müsse durch politische und gewerkschaftliche Mittel erstrebt werden. — Am 6. März fand die Jahresversammlung der Rotatorien in Stuttgart statt. Aus dem Bericht des Obmanns, Kollegen K a d o l s k y, sowie verschiedener Vertreter ergab sich ein anschauliches Bild der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Zeitungsdruckereien. Die hiesige kommunistische Druckerei geht im Abbau voran. Der Widerspruch zwischen einem solchen Verhalten und den bekannten Parolen dieser Partei ist zu offensichtlich. — Sehr gut besucht war die Versammlung vom 16. April. Eingeladen waren auch die andern Sparten. Kollege D ö r h a n d (Berlin) hielt einen Lichtbildvortrag über „Technische Probleme“. Der Vortrag bot einen interessanten Überblick über den heutigen Stand der graphischen Technik. Auf verschiedenen Gebieten (Schnitmaschine, Druckmaschine) sei man an einer Grenze der heutigen Typen in ihrer technischen Entwicklung angelangt. Wenn ein bestimmter Grad von Volkswohlstand erreicht sei, dann seien die verschiedensten Typen (Systeme) in ihrer Form nahezu gleich. Großes Interesse fanden die Ausführungen über die neuen Versuche eines bleifreien Sehens mit der Zinkbleimalchine. Der Vortrag zeigte, daß die technische Entwicklung nirgends stillsteht. Für uns dürfte es nicht schwer sein, die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen. — Am 2. und 3. April fand in Stuttgart eine Konferenz der süddeutschen Kreise statt. Vertreten waren: München, Nürnberg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt und Stuttgart. Die Konferenz hatte die Aufgabe, die im Manifest festgelegten Richtlinien in die einheitliche Zurückweisung einer letzten Durchsicht und eventuellen Abänderung zu unterziehen. Die Veröffentlichung des Materials soll demnächst im „Drucker“ erfolgen. Auf dem Druckerkongress, der nächsten Jahr in Stuttgart stattfinden soll, wird über die praktische Durchführung beraten werden.

Allgemeine Rundschau

Gewerkschaftliche Verantwortung in Krisenzeiten. Unter dieser Überschrift drachten die letzten Mitteilungen des Gaues Württemberg folgenden Appell an die Vernunft, dessen Wortlaut auch im übrigen Reich bekannt und beherzigt zu werden verdient: „Durch Macht und Habgier haben die Verwalter des Kapitals dazu beigetragen, daß die Schwere der gegenwärtigen Wirtschaftskrise alles in den Schatten stellt, was wir früher auf diesem Gebiet erlebt haben. Die Quelle lebenspendender Arbeit zur Erhaltung der Wirtschaft und des Volksganges droht immer mehr zu versiegen. Unendliche Kräfteformen können aus der Tiefe der Erde geschöpft werden; doch die kapitalistische Anarchie hat diese Möglichkeiten vernichtet. Instatt das bankrotte System zu liquidieren, sucht man sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten und bestift sogar den traurigen Mut, das System, welches uns die Demokratie gebracht hat, für die heutigen Zustände verantwortlich zu machen. Die schlimmste Waffe, deren man sich im Kampf gegen die Arbeiterklasse bedient, ist aber die politische Zerkleinerung der Massen. In dieser furchtbaren Not will man die politische Macht den Faschisten ausliefern, damit die elgne Macht gestiftet wird. Es ist der letzte Trumpf, den der Hochkapitalismus ausspielt. Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen wären die faschistischen Erscheinungen von heute nicht denkbar. Um aber zu günstigen Zuständen zu kommen, muß diese Gefahr beseitigt werden. Das größte Unglück der Arbeiterchaft in diesem Kampf ist leider ihre Spaltung und verhängnisvolle Selbstzerfleischung, über die eine spätere Geschichte das Urteil fällen wird. Trotz alledem ist Unlustigkeit in Zeiten des Niederganges, dem wir heute unterworfen sind, verfehlt. Bedauerliche Erscheinungen, welche heute innerhalb der Kollegenchaft herrschen, Kritik hervorzurufen, werden nicht durch Schimpfen auf Organisation und Personen geändert. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben, und ihre sachliche Austragung ist dem kollegialen Interesse dienlich. Nicht Kleinigkeit, sondern V e r z ä u n g z u s a g e d e r A r b e i t e r b e w e g u n g i s t h e u t e v o n n o t e n. Wäre man in vielen Situationen den Forderungen derer gefolgt, die heute glauben, die Verhältnisse durch gewaltsame Umgestaltung von heute auf morgen ändern zu können, dann wäre unsre Sache schon längst das Opfer verantwortungsloser Demagogie geworden. Der Kampf um unsre Rechte soll mit Einhalt aller Kräfte, aber auch mit Besonnenheit geführt werden. Und wenn wir heute unsre Arbeit inmitten einer Umwelt verrichten müssen, die noch feindseliger geworden ist, darf uns der Geistesperk verworrenere Leidenschaften nicht abgelenken, erst recht unsre

Pflicht zu tun. Wir kämpfen um unsre sozialistische Anschauung, wir wollen nicht Knechte eines Herrenmenschenstums werden. Wir wollen uns aber auch nicht die Makthoden unsrer Gegner im Kampf zu eigen machen. Unsre Leidenschaft sei unsre Überzeugung, mit ihr werden wir auch die Hemmnisse aus dem Weg räumen, die uns im Vorwärtsschreiten behindern.“

Schütziger Geburtstag. Am 28. Mai wird Kollege W i l h e l m B a u m e i s t e r in Dresden 60 Jahre alt. Er ist nicht nur den Kollegen des Ortes Dresden sowie allen Kollegen des Gaues Dresden bekannt und hochgeschätzt, sondern weit über seinen Wirkungstreis hinaus ist er vielen Kollegen Deutschlands bekannt geworden. Ein Mann jüngerer Jahre, Kollege Baumeister in der Arbeiterbewegung, und er hat in den vielen Ämtern, in die er durch das Vertrauen seiner Arbeitsgenossen berufen wurde, seine ganze Kraft der Beförderung der Arbeiterchaft gewidmet. Schon in jungen Jahren stand er in der vordersten Reihe der Kollegenchaft und hat seine eigenen Interessen denen der Allgemeinheit untergeordnet. Unmittelbar nach seinem Auslernen in Heiligenstadt in Hessen-Nassau trat er am 22. Juni 1890 dem Verband in Göttingen bei. Der Gesplossenheit der damaligen Zeit folgend, begab er sich noch im selben Jahr auf die Wanderschaft und landete in Dresden, seiner späteren Wirkungsstätte. Hier nahm er am denkwürdigen Neunhundertkampfe der Buchdrucker teil. 1892 trat er erneut die Waise an, die von Bedingungen in Meissen, Ruhrtort, Mainz, Mannheim, Dießdorf, Karau und Luzern in der Schweiz unterbrochen wurde. Es zog ihn wieder nach Dresden zurück, wo er nun seit 1895 lebt. Im Dresdner Vereinsleben spielte er schon frühzeitig eine Rolle, und diese Tätigkeit erfuhr mit zunehmendem Lebensalter keine Ab schwächung, sie steigerte sich im Gegenteil. In der Partei und in der Gewerkschaft erwuchs ihm ein weites Betätigungsfeld, und liberal stellte sich Wilhelm Baumeister in uneigennützigster Weise zur Verfügung. Seit 1921 ist er zweiter Vorsteher des Gaues Dresden, daneben leitet er mit jugendlichem Eifer als Gaulehrschüler die Lehrlingsabteilungen des Gaues. Die Betriebsratbewegung sieht in ihm den ersten Vorsitzenden der graphischen Betriebsratgruppe, und in der Kantonsassenbewegung ist er als Vertreter der Arbeitnehmer am maßgebendsten Stelle erfolgreich tätig. Als Arbeitsrichter, in der Arbeiterinnen-Schutzkommission, im Tarifschiedsamt wirkt er nach besten Kräften für das Wohl der von ihm vertretenen Arbeiterchaft. Die Dresdner Kollegenchaft delegierte ihn zu verschiedenen Verbandsstagen und bewies ihm damit das Vertrauen, das sie in seine Tätigkeit setzt. Der Lebensweg des Kollegen Baumeister ist nicht frei von schweren Schicksalslagen geblieben. Immer aber hat sein zönliger Humor, seine optimistische Lebensauffassung die Oberhand behalten. Und noch heute, in einem Alter, wo die meisten Menschen abseits vom aktiven Strudel des gewerkschaftlichen Lebens stehen, versteht er mit jugendlicher Elastizität seine freiwillig übernommenen Pflichten. Durch seine Vorträge aus dem Reich der heiteren Muße hat er zahlreich Kollegen viele Sorgenstunden gekannt und die Schwere des Lebens für Augenblicke vergessen lassen, und wir wollen nur hoffen, daß er für den verbleibenden Abschnitt seines Lebens von den heiteren „Geistern“ nicht verlassen wird. Möge er in alter Frische noch weiter zum Wohle der Kollegenchaft und des Verbandes wirken!

Zur Wahrung der Pressefreiheit. Die überparteiliche Spitzenorganisation der deutschen Journalisten, der Reichsverband der Deutschen Presse, in der Angehörige aller politischen Gruppierungen vertreten sind, nahm in einer Vorstandssitzung am 22. Mai Stellung zu den preiseindlichen Vorfällen in Dessau und Danzig. In Dessau wies der neu gewählte nationalsozialistische Landtagspräsident Nicolai kraft seines Hausrechts den leitenden Redakteur Seger des sozialdemokratischen „Volksblatts für Anhalt“ in völlig unmotivierter Art um Pressefreiheit des Landtags. In Danzig handelt es sich um das Verbot der „Danziger Volksstimme“ durch den unter nationalsozialistischem Druck stehenden Senat. Dieser Tage geführte Verhandlungen zur Werrückung der Verbotsfrist sind gescheitert, da der Forderung des Senats auf Entfernung des verantwortlichen Redakteurs Weber nicht entsprochen wurde. Die zu den kanballischen Vorgängen in Dessau und Danzig vom Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse einstimmig angenommenen Entschlüsse lauten: 1. „Nach übereinstimmenden Meldungen hat der neu gewählte Präsident des anhaltischen Landtags in Dessau den leitenden Redakteur eines dortigen Blattes vom Presseamt des Landtags und damit aus dem Sitzungssaal verweisen mit der Begründung, der betreffende Journalist habe in seiner beruflichen Tätigkeit die Partei, der der Präsident angehört, beleidigt. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse erblickt in dieser Anweisung des Präsidiums einen bisher unerhörten Angriff auf die freie journalistische Berufsausübung. Er erhebt deshalb aufs schärfste Einspruch gegen diese Weisung und gegen jeden gleichgerichteten Versuch, die freie Arbeit der Presse unter die willkürlichen Maßstäbe parteipolitischer Empfindlichkeiten zu stellen.“ 2. „Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat Kenntnis genommen von dem auf drei Monate bemessenen Verbot der „Danziger Volksstimme“ durch den Senat der Freien Stadt und von den Bedingungen, die für eine Werrückung des Verbots gestellt worden sind. Ist das Verbot, auf dessen sachlicher Grundlage der Reichsverband der Deutschen Presse seinerzeit keine Stellung nimmt, in seiner langen Dauer schon nicht mehr als eine politische Korrekturmaßnahme zu werten, sondern vielmehr nur noch als wirtschaftliche Schädigung eines Unternehmens, so find die Bedingungen, die für eine Werrückung der Verbotsdauer gestellt wurden, ein so schwerer Eingriff in die Freiheit der politischen Haltung der Presse, daß gegen sie entschlossenste Verwahrung eingelegt werden muß. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse begrüßt es, daß der Landesverband Danzig sofort die nötigen Schritte getan hat, um die Gefahren für die Pressefreiheit abzuwenden. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß diese Versuche mit Erfolg fortgesetzt werden.“

Schonjunktur der Faltschneidereien. Zu den in Nr. 40 gebrachten Mitteilungen über die Aufhebung politischer Faltschneidereien schrieb uns ein alter Bekannter Kollege folgendes: Die etwas eigenartige Verurteilung u n z e r V e r b r e i t e r v o n f a l s c h e n M o t i v s c h e i n e n i n V o l e n läßt es angebracht erscheinen, in dieser Beziehung früherer

